

Liebe Mitglieder der Unabhängigen,
sehr geehrte Interessierte,

Juni 2024

in der Kreistagssitzung am 20.06.2024 standen viele wichtige Themen auf der Tagesordnung. Die Beratung ist wie folgt verlaufen:

Einführung einer Bezahlkarte für Asylbewerber

Nachdem sich die Bundesregierung, der Bundestag und auch die Ministerpräsidenten der Länder für die Einführung einer Bezahlkarte ausgesprochen hatten, haben wir gemeinsam mit den Fraktionen der FDP und der CDU beantragt, auch durch den Kreistag ein entsprechendes Votum zu beschließen. Diesen Antrag hat die Mehrheitsgruppe leider abgelehnt. Ich habe auf die positiven Erfahrungen des Hamburger Pilotprojekts hingewiesen. Zudem auf die damit verbundenen erheblichen Erleichterungen bei den Behörden und bei den Leistungsempfängern und die Vermeidung von massiven Geldabflüssen in die Herkunftsländer. Leider kann man sich offensichtlich insbesondere bei den Grünen und auch bei Teilen der SPD nicht auf die Entscheidungen verlassen, die sie mit ihren Regierungen in Berlin und Hannover getroffen haben. Die weiteren Regelungen des Landes Niedersachsen bleiben jetzt erst einmal abzuwarten.

Berufsbildende Schulen

Für die notwendigen Baumaßnahmen der berufsbildenden Schulen ist von sehr hohen Kosten auszugehen. Allein die geschätzten Kosten für die grundlegende Sanierung der Gebäude in der Steuerwalder Straße sind massiv gestiegen. Deshalb habe ich schon länger und wiederkehrend gefordert, endlich den gebotenen und auch vorgeschriebenen Wirtschaftlichkeitsvergleich der in Betracht kommenden Bauvarianten durchzuführen. Dennoch wurde unser zusammen mit den Fraktionen der FDP und der CDU gestellter Antrag abgelehnt. Gerade im Hinblick auf die desolate Haushaltssituation kann diese Entscheidung der Mehrheitsgruppe nicht hingenommen werden.

Musikschule Hildesheim

Wir haben die finanziellen Probleme der Musikschule Hildesheim früh aufgegriffen und gemeinsam mit der FDP bereits in der Sitzung des Kreisausschusses am 04.12.2023 einen Beschluss herbeigeführt, nach welchem die Kreisverwaltung die finanzielle Situation der Musikschule und die voraussichtliche weitere Entwicklung in einer Vorlage darstellen sollte. Nachdem ich Herrn Landrat Lynack persönlich nachdrücklich daran erinnert hatte, haben wir erst kurz vor der Kreistagssitzung eine unzureichende Informationsvorlage erhalten. Eine weitere schriftliche Anfrage wurde erst während der Sitzung und nur zum Teil beantwortet. Für die Beurteilung des Finanzierungsbedarfs der Musikschule fehlt eine belastbare Grundlage, zudem hat die Mehrheitsgruppe auch hier für die zugesagten finanziellen Hilfen nicht die vorgeschriebene Deckung der Mehrausgaben sichergestellt. Bedenklich ist zudem, dass ab 2025 Zuschüsse von Städten und Gemeinden auf die Mittel des Landkreises angerechnet werden sollen. Damit die Musikschule zumindest für 2024 von einer sicheren Finanzierung ausgehen kann, haben wir insoweit der Bereitstellung von Mitteln bis zu 100.000 € zugestimmt.

Volkshochschule Hildesheim

Die vom Kreistag zur Neuordnung der Volkshochschule Hildesheim gegen unsere Stimmen getroffene Entscheidung fand wie erwartet nicht die notwendige Zustimmung des Nds. Innenministeriums. Sowohl die Fraktionen der CDU als auch der FDP und auch unsere Fraktion hatten bereits vor der Entscheidung auf die Bedenken hingewiesen, die jetzt vom Ministerium bestätigt wurden. Es ist schon bemerkenswert, dass ein Gesellschaftsvertrag mit solch eklatanten Mängeln beschlossen wurde.

Haushaltskonsolidierung

Der Landkreis Hildesheim befindet sich in einer schwierigen finanziellen Situation. Seit dem Jahresabschluss 2023 ist der Haushalt nicht mehr ausgeglichen. Für die Jahre von 2024 bis 2027 ist von Defiziten in Höhe von rund 130 Mio. € auszugehen, die sich durch Mehrausgaben für die Kitas noch erhöhen dürften. Der investive Schuldenstand zum 31.12.2023 liegt mit 173 Mio. € weit über dem Landesdurchschnitt. Für die Jahre von 2024 bis 2027 sind Kreditaufnahmen von 240 Mio. € geplant. Noch nicht berücksichtigt ist, dass der Investitionsbedarf für die berufsbildenden Schulen und die weiteren Bauprojekte massiv steigt. Ich bin deshalb in großer Sorge um die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landkreises. Auch das Innenministerium sieht eine alarmierende Prognose. Die dauernde Leistungsfähigkeit des Landkreises sei nicht gegeben. Es erwartet daher dringend Konsolidierungsmaßnahmen. Die Ausgabereste für 2 Budgets sind zuletzt deutlich gestiegen. Auch die investiven Ausgabereste sind mit einer Summe von 60 Mio. € auf einem sehr hohen Niveau. Ich habe deshalb einen Antrag initiiert, die Ausgabereste der Budgets zur Entlastung des Haushalts zu reduzieren und die Notwendigkeit der investiven Ausgabereste kritisch zu hinterfragen. Dieser Antrag fand die einstimmige Zustimmung des Kreistages!

Zudem wurden unsere Bemühungen um eine Konsolidierung des Haushalts vom Vorsitzenden des Kreistages ausdrücklich gelobt. Leider beschließt die Mehrheitsgruppe demgegenüber regelmäßig Mehrausgaben in nicht unerheblicher Höhe!

gez. Josef Stuke
Fraktionsvorsitzender

Termine

Am **14.08.2024** findet der nächste **Stammtisch** der **Unabhängigen im Landkreis** ab 18 Uhr bei Ulrich Bantelmann in Elze, Sedanstr. 2 b, statt. Um Anmeldung wird gebeten. Der Stammtisch am 10.07.2024 entfällt aufgrund der Urlaubszeit und des Halbfinals der Fußball Europameisterschaft.

Im Sinne einer lockeren Gesprächsrunde kommt der Ortsrat von Adensen und Hallerburg quartalsweise zu einem Stammtisch im Landhaus Adensen zusammen. Der nächste Stammtisch findet statt am **19.09.2024** um 19.00 Uhr. Jede und jeder ist hierzu herzlich eingeladen!

Unabhängige in Elze

Eine Änderung gab es an der Fraktionsspitze der Unabhängigen in Elze. **Michael Röver** ist neuer Fraktionsvorsitzender und **Joachim Rathmer** zukünftig stellvertretender Fraktionsvorsitzender.

(Quelle Bild: LDZ 14.06.2024)



Unabhängige in Harsum

Borsumer Unabhängige lehnen höhere Grundstückspreise für das Baugebiet "An der Filderkoppel" in Borsum ab!

Die von der CDU-Fraktion beantragte und von der SPD-Fraktion unterstützte Aufstockung der Grundstückspreise von 235 € auf 242 € (für die eingeschossige Bebauung) und von 270 € auf 284 € (für die zweigeschossige Bebauung) lehnte die Bündnisfraktion ab. Grundlage für diese Entscheidung war, die Kostenposition für "Unvorhergesehenes" von 500.000 € auf 800.000 € zu erhöhen.

Josef Stuke plädierte dafür beim Vorschlag der Verwaltung mit den niedrigeren Preisen zu bleiben, das wären 235 beziehungsweise 270 Euro pro Quadratmeter gewesen. Er wies auf die „extrem lange“ Planungsphase hin. Die Kosten seien mittlerweile gut kalkuliert – für die Bauwilligen bedeuteten die Erhöhungen aber noch einmal erhebliche Mehrkosten. Sein Fraktionskollege **Christian Bumiller** argumentierte, die Gemeinde habe mit der Entwicklung des Borsumer Baugebietes so lange gewartet, dass die Gefahr unvorhergesehener Ausgaben nun viel geringer sei als vorher beim Ährenkamp in Harsum. Der Ansatz von 500.000 Euro sei aus seiner Sicht schon zu hoch gewesen. Die Grundstückspreise bedeuteten gegenüber dem Ährenkamp eine „Riesenverteuerung“. Eigentlich solle sich das Baugebiet vor allem an Familien mit Kindern richten, doch die könnten sich das Bauen dort kaum noch leisten. „Wir wollen keine Millionäre aus Hannover“, sagte **Bumiller**, „für die Borsum nur ein Schlafplatz wäre.“

(Quelle: Teilzitate Thomas Wedig, HiAZ 20.06.2024)

Einstimmige Resolution für kurzfristige Sanierung maroder Radwege!

Einstimmig fordert der Harsumer Gemeinderat in einer vom Bündnis für Borsum eingebrachten Resolution eine kurzfristige Sanierung mehrerer maroder Radwegstrecken im Gemeindegebiet. Zuständig ist jeweils die Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, der Einfluss der Gemeinde ist begrenzt. Laut Text der Resolution soll Bürgermeister Marcel Litfin (parteilos) bei der Behörde nachdrücklich um eine „zügige Behebung der Radwegschäden“ bitten. Im Einzelnen geht es um die folgenden drei Abschnitte:

- Bundesstraße 494: In Höhe von Harsum ist der Radweg entlang der B 494 schon lange so kaputt, dass Radfahrerinnen und Radfahrer mit Schildern aufgefordert werden, abzustiegen und ihre Räder zu schieben. „Die wichtigen Radwege können wegen der Gefahrensituationen nur sehr eingeschränkt genutzt werden“, heißt es in der Resolution.

- Harsum – Klein Förste: Der Rad- und Fußweg an der Landesstraße zwischen Harsum und Klein Förste wird nicht nur von Sportlerinnen und Sportlern sowie anderen Besucherinnen und Besuchern des Sportplatzes im Wald genutzt. Der Weg sei auch für Bürgerinnen und Bürger wichtig, die vom Ortsteil Klein Förste in den Hauptort der Gemeinde wollen, heißt es – denn in Harsum gibt es die Schulen, Arbeitsplätze, Ärzte und Einkaufsmöglichkeiten. Ein Teilstück des Radweges wurde zwar im Zusammenhang mit dem Neubau der Kanalbrücke erneuert. Auf dem größten Teil der Wegstrecke sei ansonsten nur Bewuchs entfernt und punktuell Teer aufgebracht worden, berichtet **Josef Stuke** vom Bündnis, der sich seit Jahren für eine Verbesserung der Radwege einsetzt, unter anderem bei Ortsterminen mit dem Landtagsabgeordneten Markus Brinkmann und der Landesbehörde.
- Rautenberg – Hüddessum: Auf dem Radweg neben der Landesstraße von Rautenberg nach Hüddessum ist der Teer an mehreren Stellen „erheblich“ aufgebrochen, wie es im Resolutionstext heißt. Sie seien auch als Gefahrenstellen anzusehen. Betroffen ist der Weg vom Rautenberger Ortsausgang bis zum viel besuchten Sportplatz des Ortes. Seit Jahren weise ein Verkehrsschild auf die Schäden hin, gibt **Stuke** zu bedenken.

Im verabschiedeten Aufruf an die Behörde heißt es: „Sämtliche Sanierungen erfordern keine aufwendigen Planungen, sie sind daher relativ schnell umsetzbar.“ Die Schäden müssten auch im Hinblick auf die Verkehrssicherungspflicht kurzfristig behoben werden.

(Quelle: Thomas Wedig, HiAZ 20.06.2024)

Im Rahmen der diesjährigen Jahreshauptversammlung haben unsere Mitglieder erneut beschlossen, den Förderverein der Grundschule, die Borsumer Kindertagesstätte St. Martinus, die Bücherei und die Schulkindbetreuung mit Zuschüssen von jeweils 150 € zu unterstützen. Nach der Übergabe dieser Spenden hat das Bündnis diesen 4 Einrichtungen damit insgesamt einen Betrag in Höhe von 9.600 € zur Verfügung gestellt. Unserer Wählergruppe ist es ein besonderes Anliegen, die vorbildliche Jugendarbeit in Borsum auch zukünftig zu unterstützen.

Unser Vorsitzender, **Peter Brammer**, ging in seinem Jahresrückblick insbesondere auf den Fortschritt des Baugebietes „An der Filderkoppel“, auf die Unterstützung der Aktion „Saubere Landschaft“, die Erneuerung der Tempo-30-Markierungen, die Organisation der Ferienfahrt und die erfolgreiche Teilnahme am Stadtradeln ein. Zudem stellte **Peter Brammer** die Unterstützung der Jugendarbeit mit den Erlösen aus den Altpapiersammlungen in Höhe von rund 27.300 € heraus und bedankte sich für den großen Einsatz von **Martin Böker**. Ferner kündigte er auch für dieses Jahr eine Gemeinschaftsaktion für die Mitglieder an. Nach dem aktuellen Stand ist eine Stadtführung mit Susanne Kiesel geplant.

Josef Stuke informierte die Mitglieder über die weitere Zeitplanung für die Erschließung des Baugebietes und die Vergabe der Baugrundstücke sowie über den Sachstand der barrierefreien Bushaltestellen und des Projekts der Volksbank in der Langen Straße. Zudem teilte er mit, dass die Vereinsförderung für das Jahr 2024 bereits umgesetzt sei und für den 17.07.2024 eine Seniorenfahrt nach Hann. Münden geplant werde. Ferner habe der Ortsrat die Durchführung einer Ferienaktion beschlossen. **Josef Stuke** wies darauf hin, dass die Gemeinde Harsum durch mehrere Projekte (Neubau Bauhof, Handlungsbedarf für die Feuerwehrrätehäuser, Einführung der Ganztagsgrundschule...) finanziell erheblich belastet werde und zudem die Reform der Grundsteuer umzusetzen sei. Die Gemeinderatsfraktion habe sich intensiv für notwendige Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen eingesetzt.

Für den Kreistag berichtete **Josef Stuke**, dass seine Fraktion der Unabhängigen in dieser Wahlperiode bisher 107 Anträge und Anfragen gestellt habe. Teilweise seien damit positive Kreistagsbeschlüsse zu wichtigen Themen des Landkreises (Zukunft der berufsbildenden Schulen, Haushaltskonsolidierung, Förderung von Kindertagesstätten, Krankenhausveränderungen im südlichen Teil des Landkreises) herbeigeführt worden.

Wie in den Vorjahren folgte zum Abschluss der Versammlung ein gemütliches Beisammensein.

gez. Josef Stuke
(für den Vorstand)

Unabhängige in Hildesheim

Unabhängige sagen NEIN zur Beherbergungssteuer

In der Sitzung des Rechts- und Feuerschutzausschusses wurde das Thema Beherbergungssteuer ab 2025 diskutiert. Der Unabhängige Hans-Uwe Bringmann hat viele Fragen an die Verwaltung, die nicht beantwortet werden konnten, da der richtige Ansprechpartner bei einem so wichtigen Thema nicht anwesend war. Bringmann geht es unter anderem um die 4 % Erhebung vom Bruttoübernachtungspreis (inkl. Mehrwertsteuer), die dann netto vereinnahmt werden. Hier geht es um eine steuerliche Betrachtung, ob es überhaupt möglich ist ohne Abführung an das Finanzamt.

Weiter stellte er die Frage, wie die Verwaltung auf einen Durchschnittsertrag von 40 € je Übernachtung in den Hotels etc. kommt. Auf diversen Portalen hat er recherchiert und festgestellt, dass nur ein Anbieter 37€ nimmt. Hotels in der Innenstadt nehmen 80 bis 200 € je Übernachtung.

Nur in Hannover wird diese Bettensteuer erhoben, in Braunschweig/Göttingen wird sie nicht gefordert. Auch werden in Hannover keine Übernachtungen für Personen unter 18 Jahren berücksichtigt. Die Landeshauptstadt führt 30 % der Steuer als Förderung für den Tourismus ab. Auch hier fragt er nicht, warum unsere Stadtverwaltung dies nicht einpflegt?

Fazit: Mit dieser Vorlage zur Bettensteuer stellen wir uns im Tourismusvergleich mit den umliegenden Städten schlechter da und man muss damit rechnen, dass die Besucher Hildesheim umgehen und wir daraus Nachteile ziehen werden.

Die Gruppe CDU/Unabhängige/FDP wird dieser Vorlage nicht zustimmen. Wir behaupten, die Stadt Hildesheim hat kein Einnahmeproblem, sondern ein **AUSGABEPROBLEM!**

gez. U. Bringmann

Zwischenzeitlich hat der Rat mit den Stimmen der Mehrheitsgruppe aus SPD, Grünen und der Partei die Steuer in der Ratssitzung am 17.06.2024 beschlossen.

Leserbrief

Gefahr für unsere Demokratie!

Die wahre Gefahr für unsere Demokratie geht meiner Meinung nach nicht von rechts, links, rot, grün, blau usw. aus, sondern liegt vielmehr darin begründet, dass derzeit Politiker gewählt worden sind, deren einziges Ziel die Wiederwahl ist. Um diese nicht zu gefährden, werden schon seit Jahrzehnten die notwendigen und erforderlichen Entscheidungen in unserem Lande nicht getroffen.

Ein Beispiel ist augenblicklich das „Überraschtsein“ unseres Gesundheitsministers über die ihm offenbar erst jetzt erreichte Erkenntnis, dass jetzt mehr Menschen die Leistungen der Pflegeversicherung in Anspruch nehmen, als nach dem demografischen Wandel erwartet war.

Seit Jahrzehnten warnen Wissenschaft und Forschung gerade auch vor dieser Entwicklung in der Pflegeversicherung. Es ist dort bekannt, dass in den jüngeren Generationen unserer Gesellschaft zunehmend mehr Menschen das Rentenalter nicht erreichen und schon vorzeitig aus gesundheitlichen Gründen in die Leistung der Pflegeversicherung rutschen.

Hätte das die Politik beachtet, wäre durch ein vorzeitiges Handeln der Politik die sich abzeichnende Misere vermeidbar gewesen. Dann aber hätte man die dafür notwendigen und wohl auch unpopulären politischen Entscheidungen seinen Wählern erklären müssen.

Das aber ist nur ein Beispiel von vielen Problemen, die eine notwendige und erforderliche Entscheidung unserer Politik seit Jahrzehnten bedarf und die von der Politik verweigert wird.

Diese auch für die Bürgerinnen und Bürger selbst als Laien erkennbare Verweigerung sorgt zunehmend für Unmut, der sich dann wiederum entsprechend in Wahlergebnissen wieder spiegelt.

Wenn dann jetzt von Seiten der Politik nicht reagiert wird und stattdessen diese Anzeichen ignoriert und zudem als „Schwarzer Peter“ den Rechten, Linken usw. zugeschoben wird, dann ist nur aus diesem Grunde unsere Demokratie in erheblicher Gefahr.

gez. Ulrich Bantelmann

Wir engagieren uns

Am Stadtradeln 2024 nahmen im Landkreis Hildesheim 354 Teams mit 5.180 Radelnden teil, darunter lediglich 2 von 65 Abgeordneten des Kreistages (Ekkehard Domning und **Josef Stuke**). Mit 919.445 geradelten Kilometern wurde das Vorjahresergebnis nicht erreicht.

Bei 8 von 18 Städten und Gemeinden im Landkreis Hildesheim nahm kein einziges Stadtrats-/Ratsmitglied teil, kein gutes Signal für die Unterstützung der Mobilitätswende. Vorbildlich war hingegen wieder die Gemeinde Algermissen mit rund 100.000 geradelten Kilometern. Daran waren 10 von 20 Ratsmitgliedern beteiligt.

Auch in diesem Jahr beteiligten sich die Harsumer Unabhängigen, das Bündnis für Borsum, mit 38 Aktiven. Dazu zählten der 1. Vorsitzende, **Peter Brammer**, die 2. Vorsitzende, **Elisabeth König** und **Josef Stuke**. Mit rund 15.000 Kilometern belegte das Team kreisweit den 7. Platz. Bei 354 Teams eine hervorragende Leistung. Davor lagen nur Teams mit einer deutlich höheren Zahl von Radelnden (z. B. Hildesheimer Gymnasien mit 127 bis 289 Aktiven).

Das Stadtradeln bietet eine gute Gelegenheit, nicht nur den Landkreis zu erkunden, sondern auch Schwachstellen im Radwegenetz festzustellen und diese zum Gegenstand politischer Initiativen zu machen!

Impressum:

Infobrief Die Unabhängigen im Landkreis Hildesheim – Heideweg 1– 31199 Diekholzen, Uwe Steinhäuser – Ulrich Bantelmann

Sekretariat: fon 05121 3092771 – fax 05121 3092779 - mail vorstand@u-hi.de.

Die Auswahl der Informationen in diesem Newsletter erfolgte mit größter Sorgfalt. Eine Haftung für die Richtigkeit kann nicht übernommen werden. Sie wollen den Infobrief nicht mehr erhalten oder sich anmelden -> Bitte eine E-Mail an: vorstand@u-hi.de